

MITTWOCH, 26. DEZEMBER 2012

WEST



Damit die Anwohner rund um die Osterfeuerbergerstraße etwas besser vor dem Bahnlärm geschützt werden, soll eine Lärmschutzwand errichtet werden. Foto: av

300.000 Euro für Lärmschutz

Bundesregierung zahlt für Bau in Walle / Bremen soll weitere Maßnahmen finanzieren

Frohe Nachricht für die Anwohner rund um die Osterfeuerbergerstraße: Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat für 2013/2014 eine Summe von 300.000 Euro für eine Lärmschutzwand vorgesehen.

WALLE „Endlich gibt die Bundesregierung nach und sieht ein, dass es an diesem Streckenabschnitt besseren Lärmschutz geben muss“, freute sich der Wäller SPD-Vorsitzende und Bürgerchaftsabgeordnete Jürgen Pohlmann. „Das ist ein toller Erfolg für die Anwohnerinnen und Anwohner und die örtliche Bürgerinitiative,

die mit großem Engagement sowie mit der Unterstützung des Bundestagsabgeordneten Uwe Beckmeyer und der SPD Walle für Lärmschutz an der Bahnstrecke Bremen – Bremerhaven gestritten haben“, erklärt Pohlmann.

Im Sommer 2010 hatten Anrainer der Osterfeuerbergerstraße auch eine Eingabe an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gerichtet. „Offenkundig zeigt der aufgebaute Druck Wirkung. Dafür gilt vor allem den Anrainern besonderer Dank“, meint Beiratsmitglied Gerald Wagner, auch Bahnlärmbeauftragter seiner Fraktion. Gleichwohl werde diese Summe zunächst nur für einen Teilbereich des betrof-

fenen Wohnquartiers ausreichen.

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass zusätzlich Mittel aus dem Lärmaktionsplan des Landes Bremen bereit gestellt werden“, verspricht Pohlmann. Für die nächste Sitzung der Bau- und Verkehrsdeputation im Januar 2013 wird die SPD einen entsprechenden Antrag stellen. Der Bremer Lärmaktionsplan wurde im Mai 2012 auf Beschluss der Bremischen Bürgerschaft von 250.000 auf 600.000 Euro erhöht.

Wirkung zeige offenbar auch, dass die SPD-Bundestagsfraktion und namentlich der Bremer Bundestagsabgeordnete Uwe Beckmeyer sich seit Jahren in den parlamen-

tarischen Gremien in Berlin konsequent für verstärkten Lärmschutz einsetzen. „Die Bereitstellung dieser Gelder zeigt vor allem, dass sich das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort lohnt“, so Beckmeyer. Jetzt gelte es aber, konsequent weiter zu arbeiten. „Es ist toll, wenn das Land Bremen versucht, mit zusätzlichen Mitteln weitergehende Maßnahmen zu realisieren. Gleichzeitig bleibt für uns in Berlin viel Arbeit, denn die Bundesregierung wagt sich nach wie vor, die Gelder für freiwillige Lärmsanierung aufzustocken. Das muss die SPD nach der Bundestagswahl 2013 ändern“, erklärt Beckmeyer. (eb)